

Januar 2004

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gleich zu Jahresbeginn wurden wir alle aus der Festtagsstimmung gerissen als über die Nachrichten Schlagzeilen liefen, wonach der dbb Vorsitzende Peter Heesen offensiv die Herabstufung von faulen Beamten fordern würde. Erschreckt fragten sich viele Kolleginnen und Kollegen: Was ist denn jetzt los? Was bringt den dbb Vorsitzenden dazu, Forderungen gegen faule Beamte aufzustellen, so, als ob dies ein großes Problem wäre?

Dabei drückt Sie und uns der Schuh ganz woanders. Wie in allen Berufsgruppen gibt es auch im öffentlichen Dienst und unter den Beamten unterschiedliche Leistungsstärken. Von „Hervorragend“ bis „entspricht den Anforderungen“ bezeichnen dies auch die Wortbeurteilungen. Ein Problem mit extrem faulen oder unwilligen Beamten gibt es in der Steuerverwaltung nicht. In den herkömmlichen Beurteilungssystemen erhalten nur deshalb ganz wenige Beamte Beurteilungen aus dem schlechten Ende der Beurteilungsskala.

Wir haben normalerweise ein Problem damit, dass manche Kolleginnen und Kollegen, die gesundheitlich angeschlagen sind, das geforderte Tempo nicht mehr bringen können und so in einen „Teufelskreis“ gedrängt werden und immer kränker werden, bis sie schließlich dienstunfähig werden. Hier müsste ein- und angesetzt werden. Der unaufhaltsame Mengendruck in der Steuerverwaltung ist unser Hauptproblem. Dieser Mengendruck wird verschärft, weil alle Finanzminister Personal einsparen wollen. Auch Arbeitszeitverlängerungen, die die Ministerpräsidenten als Ziel markiert haben, sollen nicht dazu genutzt werden, wieder gründlicher arbeiten zu können, sondern sie sollen allein dem Zweck dienen, die rechnerische Mehrarbeitszeit in die Streichung von Personalstellen umzusetzen. Dagegen gilt es sich zu wehren.

Wenn Journalisten die angebliche Unflexibilität des Beamtenrechts und das Fehlen von Leistungsanreizen beklagen, so liegt es daran, dass sie nicht sehen oder sehen wollen, dass das Dienstrecht der Beamten flexibel ist und der Leistungsgedanke Systemimmanent ist. Die Beamten werden periodisch nach Leistung beurteilt und

werden je nach Einschätzung ihrer persönlichen Leistungsbereiche dann befördert oder nicht befördert.

Das die Leistungskomponente „Beförderung“ für viele Kolleginnen und Kollegen kein Anreiz mehr ist liegt daran, dass vielfach zu wenig Beförderungsplanstellen ausgewiesen sind. Wer gute und beste Leistungen erbringt und dies auch in der Beurteilung bescheinigt bekommt, aber dennoch über Jahre hinweg nicht befördert wird, weil keine Planstelle zur Verfügung steht, wird auf Dauer demotiviert, weil er von der Leistungsbelohnung tatsächlich nichts spürt.

Die bestehende Leistungskomponente „Beförderung“ wurde vom Bundesgesetzgeber vor Jahren ergänzt durch Leistungsstufen, Leistungszulagen und Leistungsprämien. Die allermeisten Länder haben zwar dafür Geld von den betroffenen Beamten eingesammelt, die Leistungskomponenten aber nicht umgesetzt. Auch dies ist leistungsfeindlich und liegt nicht am System, sondern am Fehlverhalten der Politik.

Wenn jetzt im Auftrag der Landesregierung Nordrhein-Westfalens die Bull-Kommission zum Ergebnis kommt, das Beamtenrecht müsste gründlich reformiert bzw. abgeschafft werden und die Ministerpräsidentenkonferenz ebenfalls Modernisierungsbedarf sieht, dann muss der dbb handeln. Wenn dem dbb Vorsitzenden vorgeworfen wird, er hätte unnötigerweise des Klischee des „faulen Beamten“ wieder aufleben lassen, dann trifft dies nicht zu. Dieses Klischee wurde nicht vom dbb und seinem Vorsitzenden erfunden, sondern wird in der Öffentlichkeit und in den Medien immer wieder zu einem Problem hochstilisiert. Wenn es denn einen faulen Beamten gibt, d. h. dass sich jemand dauerhaft und schuldhaft vor der Arbeit drückt und selbstverschuldet Minderleistung bringt, dann wird so jemand vom dbb nicht geschützt, weil ein solches Verhalten nicht nur ein Verstoß gegen die Beamtenprinzipien wäre, sondern im hohen Maße auch unkollegial wäre. Dies war die Antwort auf eine Frage. Es war keine Forderung des dbb.

Die Forderung des dbb ist vielmehr die Leistungskomponenten zu verstärken und spürbar werden zu lassen, sodass sie tatsächlich als Leistungsanreiz wahrgenommen werden können. Dass bei einem neuen System, das noch entwickelt werden muss, der Leistungsstarke im Leistungsteil seiner Gesamtbezüge nach oben kommen kann und bei selbstverschuldeter Minderleistung die Leistungszuschläge

auch wieder verlieren kann, ist Systemimmanent und muss bei echten Leistungskomponenten auch akzeptiert werden.

Die Aussage des dbb Bundesvorsitzenden bedeutet aber keinesfalls, dass jemanden ein Beförderungssamt weggenommen werden sollte. Es ist ja gerade einer der Grundpfeiler des Beamtentums, dass Beamte ihre Arbeit unabhängig ausüben können und eben nicht Sorge haben müssen, dass sie bei Eingriffsentscheidungen gegen Prominente mit Sanktionen rechnen müssen.

Die Vorschläge der Bull-Kommission nach einem einheitlichen Dienstrecht wären kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt. Deshalb lehnt die DSTG und auch der dbb diese Forderungen ab. Die Delegierten des dbb Gewerkschaftstages haben im November 2003 in Leipzig aber den Auftrag gegeben, solche Rückschritte nicht nur abzulehnen, sondern die Zukunft positiv zu gestalten. Aus diesem Auftrag heraus entwickelt der dbb ein fortschrittliches, leistungsorientiertes und leistungsgerechtes Besoldungssystem.

Dass die objektive Leistungsbemessung im öffentlichen Dienst, z. B. in der Steuerverwaltung, schwierig ist, wissen wir, jedoch müssen auch dafür Lösungen gefunden werden. Daran arbeiten wir. Niemand redet aber irgendwelche Verschlechterungen herbei. Wir alle arbeiten für Verbesserungen was in Zeiten notleidender Haushaltskassen ein besonders schweres Unterfangen darstellt und die Solidarität aller Mitglieder erfordert.

Ich danke allen, die sich in den letzten Tagen engagiert zu Wort gemeldet haben. Wir brauchen die Solidarität aller unserer Mitglieder, um auch beim Fragenkomplex Neuregelung des öffentlichen Dienstrechts Verschlechterungen und Eingriffe abwehren zu können.

DSTG und dbb streiten für Verbesserungen, für Innovation, für Neugestaltung und gegen Verschlechterungen und Streichen von erworbenen Ansprüchen und Rechten.

Mit kollegialem Gruß

Dieter Ondracek

(DSTG Bundesvorsitzender)